

Eingewandert nach Deutschland

Anfragen an eine Kultur des Zusammenlebens / Von Rita Süßmuth

Es geht um 60 Jahre gelebter und reflektierter Erfahrung mit Migration und Zusammenleben in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Es ist der Versuch der Selbstvergewisserung, des Rückblicks und des Vergleiches mit den heutigen Erwartungen und Anforderungen. Kultur des Zusammenlebens beinhaltet den Umgang zwischen Menschen gleicher und verschiedener kultureller und nationaler Herkunft, die wechselseitige Achtung und Beachtung humaner Ressourcen und Kompetenzen, vor allem ihre Teilhabe und Zugehörigkeit.

Dabei ist es ein Unterschied, ob primär Deutsche, sei es als Vertriebene oder Spätaussiedler nach Deutschland zurückkehren und sich neu integrieren müssen oder ob wir es mit Einwanderern, vorübergehend Schutz suchenden Flüchtlingen sowie Arbeitsmigranten aus den verschiedensten Nationen und Kulturen zu tun haben. Heute leben 15,8 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Unsere Bevölkerung ist multikulturell zusammengesetzt. Und obwohl wir seit langem ein de facto Einwanderungsland sind, wird diese Realität erst seit 2005 politisch und gesetzlich anerkannt. Das hatte und hat Auswirkungen auf die Integrationspolitik und das Zusammenleben, auf den Grad der Teilhabe und die Zugehörigkeit. Es fehlt an einer Einwanderungskultur mit entsprechenden Aufnahme- und Unterstützungsverfahren verbunden mit Willkommensein, Wertschätzung der Kompetenzen und Gebrauchtwerten. Die entscheidenden Hilfen zum Zusammenleben sind in Deutschland aus der Zivilgesellschaft erfolgt: aus Vereinen, Kirchengemeinden, Sozialverbänden, Nachbarschaftshilfen etc. Interkulturelle Bildung verstanden als Lernen von Menschen aus unterschiedlichen Kulturen, Vertrautwerden mit Gemeinsamkeiten und Verschiedenheit ist prinzipiell keine neue Bildungsanforderung, eher eine Selbstverständlichkeit.

Interkulturelle Bildung ist jedoch in Deutschland erst in den letzten Jahren zu einem zentralen bildungspolitischen Schlagwort geworden, aber noch keineswegs bundesweit eine bildungspraktische Realität. Erfolgt ist eine interkulturelle Öffnung, verstanden als Öffnung der Bildungseinrichtungen für Teilnahme der Migrantinnen und Migranten an den bestehenden Bildungsangeboten. Bildung – sowohl die sprachliche als auch die kulturelle und berufliche hat heute eine Schlüsselstellung in nationalen und lokalen Integrationsplänen.

1. Frühe Nachkriegszeit und 50er Jahre

Betroffen und angesprochen sind ganz unterschiedliche Gruppen von Einwanderern, Rückwanderern und Zuwanderern auf Zeit. Die frühe Nachkriegszeit ebenso wie die frühen 1950er Jahre sind zunächst bestimmt von der Rückkehr



„Mir war von Anfang an klar, dass ich nicht nach Korea zurückwollte.“, Jae-Soon Joo-Schauen, Südkorea, kam 1975 als 21-Jährige nach Deutschland, um hier als Krankenschwester zu arbeiten. (Abb. obere Reihe vierte von rechts) © migration-audio-archiv

einer großen Zahl von Zwangsarbeitern in ihre Heimatländer, weit weniger zunächst von der Rückkehr der politisch und weltanschaulich verfolgten Emigranten nach Deutschland. Im kollektiven Gedächtnis und in den geschichtlichen Fakten dominiert die große Gruppe der Flüchtlinge und Vertriebenen, 12-14 Millionen, die aus dem „Osten“ kamen und in Deutschland nicht nur vorübergehend Schutz suchten, sondern eine neue Existenz aufbauen mussten. Sie standen ebenso wie Ausgebombte und Evakuierte vor den psychischen und materiellen Trümmern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und des Zweiten Weltkrieges. Vertriebene und Flüchtlinge kamen in ein Land, in dem ein Jeder um's Überleben kämpfte. Es ging nicht um die Frage, wie Deutsche mit deutschen Migranten lebten, sondern es war der Notfall ohne Rückkehroption. Alle Beteiligten waren gezwungen, miteinander auszukommen. Die schlechteste Unterkunft war oft genug das Höchste, was Flüchtlinge und Vertriebene erwarten konnten. Im Rückblick wird die Aufnahme dieser Millionen

als die große Integrationsleistung der deutschen Politik dargestellt. Zutreffender ist jedoch von der immensen Aufbauleistung und dem friedlichen Zusammenleben der Überlebenden in Deutschland zu sprechen. Dabei ist allerdings nicht außer Acht zu lassen, dass die Etikettierung „Vertriebene“ schon eine Rolle spielte, gerade wenn es um Wertschätzung und Zugehörigkeit ging. Viele haben sich zunächst als Deutsche zweiter Klasse in der neuen Heimat gefühlt. Auch sie galten oft als FREMDE, als „die aus dem Osten“, als die „Anderen“. Zum Heimatverlust kam für viele die soziale und menschliche Fremdheit.

Die politische Antwort in dieser sehr schwierigen Aufbauphase, war jedoch die starke Verankerung des Asylrechts im Grundgesetz. Das war die grundlegende moralische und menschenrechtliche Konsequenz, die verbindliche Festlegung für zukünftige Generationen im Umgang mit Andersdenkenden, religiösen, ethnischen und kulturellen Minderheiten, in der Gewährung von Asyl. Wann und wo immer in Deutschland über Migranten debattiert und entschieden wird, gilt es ferner den Artikel 1 unseres Grundgesetzes zur unteilbaren Würde eines jeden Menschen und die ursprüngliche Fassung des Asylrechts nicht aus dem Auge zu verlieren. Es gibt humane Verpflichtungen jenseits von wirtschaftlichen Zwängen und Bedarfen. Darauf sind alle, die in unserem Land leben, verbindlich festgelegt.

2. Anwerbung von Arbeitskräften (1956–1973)

Die zweite Phase der Nachkriegswanderung, sie sogenannte „Gastarbeiterphase“ resultierte aus der Suche nach Arbeitskräften, um die Hochkonjunktur, den immensen Bedarf an Arbeitskräften in der Industrie abzudecken. Von 1956 bis 1973 wurden Arbeitskräfte angeworben: in Westeuropa und in der Türkei. Gebraucht wurden Un- und Angelernte. Die schulische und berufliche Qualifikation oder die Kenntnisse der

deutschen Sprache spielten keine Rolle. Dabei ging es nicht um Einwanderung, sondern um vorübergehenden Aufenthalt mit anschließender Rückkehr ins Heimatland. Angeworben wurden in diesem Zeitraum mehr als 4 Millionen Menschen. Von ihnen sind viele zurückgekehrt, aber viele auch geblieben. Heute bildet die größte Gruppe früherer „Gastarbeiter“ die türkische Minderheit, die hier verbliebenen sind, sei es als inzwischen eingebürgerte Deutsche oder Türken mit Daueraufenthaltsstatus. Angeworben wurden Gastarbeitern, gekommen sind Menschen, zunächst als Einzelne, später – vor allem seit dem Anwerbestopp von 1973 – haben sie ihre Familien nachgeholt. Wir vergleichen heute die erste, zweite und dritte Generation und stellen fest, dass die erste Generation weit besser integriert war als die zweite und dritte. Das trifft nicht zu für die deutschen Sprachkenntnisse und den offiziell erworbenen Bildungs- und Ausbildungsabschlüssen. Sie waren integriert über Teilhabe am Erwerbsleben, lebten unauffällig, ohne Erwartungen an Anerkennung ihrer Religion und kulturellen Identität. Das gilt heute nicht mehr.

3. Die große Einwanderungswelle der späten 80er und frühen 90er Jahre

Die 1980er und 1990er Jahre (vor allem seit 1988) brachten Deutschland geradezu einen Strom von Zuwanderern trotz Anwerbestopp. In dieser Zeit der Wende, kamen ca. 4 Millionen Spätaussiedler und nicht zu vergessen der Flüchtlingsstrom vom Balkan. Anfang der 1990er Jahre erfolgten jährlich Neuaufnahmen von 650.000 Zuwanderern und Flüchtlingen. Es war zugleich die Phase der Binnenwanderung von Ost- nach Westdeutschland, die Zeit der größten Verände-

Zu den Bildern dieser Beilage

Menschen kommen aus den unterschiedlichsten Gründen nach Deutschland: zum Studieren, zum Arbeiten, aufgrund der Liebe oder weil sie ein neues Land, eine neue Sprache und eine neue Kultur erkunden wollen. Viele Menschen kommen aber auch, weil sie in ihrem Land aus politischen oder wirtschaftlichen Gründen nicht mehr leben können. Viele dieser Migrationsgeschichten hat das Migrations-Audio-Archiv aufgezeichnet, die nun in dem Buch „In Deutschland angekommen... Einwanderer erzählen ihre Geschichte 1955 bis heute“ (siehe auch die Rezension in dieser Beilage) zusammengefasst sind. Die Beilage

INTERKULTUR zeigt Fotos aus diesem Buch. Die Schnappschüsse und Portraitfotos erzählen viel von den interviewten Personen, aber auch von dem Land, in dem sie ein Zuhause gefunden haben. Die Gespräche, Geschichten und Biografien der Migranten, die das migration-audio-archiv aufgenommen hat, werden für die Öffentlichkeit „aufgehoben“. Veröffentlicht werden diese Erzählungen u.a. im WDR-Hörfunk, dem Medienpartner des Migrations-Audio-Archivs, und auf der Internetseite www.migration-audio-archiv.de.

DIE REDAKTION ■

➔ Fortsetzung von Seite 1

Eingewandert nach Deutschland

rungen durch den Fall des Eisernen Vorhangs und der Wiedervereinigung. Die friedliche Revolution mit allen ihren politischen Turbulenzen verdrängte zunächst die Migrationsprobleme und Konflikte. Sie wurden unübersehbar mit der eskalierenden Arbeitslosigkeit und führten zu einer drastischen Neuregelung des Asylrechts wie auch zu einer Beschränkung der jährlichen Zuwanderung von Spätaussiedlern. Die öffentliche Debatte beherrschten Themen wie Überlastung und Überfremdung durch zu viele Zuwanderer, Asylmissbrauch, zu viele ungelernete Migranten. Die Wirkungen dieser gesetzlichen Maßnahme traten ein, die Zuwanderung verringerte sich und erreichte ihren tiefsten Stand bis zur Mitte des Jahres 2005.

4. Deutschland ein Einwanderungsland ohne Einwanderer

Ende der 1990er Jahre setzte ein Paradigmenwechsel ein. Er betraf die dauerhafte Integration und die dazu erforderlichen gesetzlichen Maßnahmen sowie die öffentlichen Förderung. Es begann erneut der Streit um die Frage, ob Deutschland ein Einwanderungsland sei. Dieser Streit endete nach fünf Jahren mit der, im Gesetz verankerten Aussage: Deutschland ist ein Einwanderungsland. Diese Feststellung war jedoch versehen mit dem Widerspruch, dass am Anwerbestopp festgehalten wird, abgesehen von drei Ausnahmen: Hochqualifizierte, Selbstständige und Studierende. Für die beiden Erstgenannten wurden die Hürden jedoch so hoch gelegt, dass seit 2005 nur sehr wenige Migranten nach Deutschland gekommen sind. In der aktuellen Phase der wirtschaftlichen Rezession ist von Engpässen auf dem Arbeitsmarkt und notwendiger Zuwanderung aus demogra-

phischen und/oder wirtschaftlichen Gründen nicht mehr die Rede. Nicht abgerissen sind die Bemühungen und Debatten zum Thema notwendiger Integration hier lang lebender Migranten. Die einen sprechen vom Scheitern, die anderen von ungenutzten Potenzialen, von Fehlsteuerungen der Zuwanderung in der Vergangenheit und von unüberwindbaren kulturellen Differenzen und Nichtintegrierbarkeit bestimmter kultureller und ethnischer Gruppen. Der Rückblick macht deutlich, dass über Jahrzehnte die Einwanderungsrealität geleugnet und das Zusammenleben in allen Lebensbereichen weder beachtet noch gefördert wurde. Das ändert sich, wenngleich noch immer der Austausch zwischen den Kulturen, das Lernen mit- und voneinander dem Hauptanliegen der Integration der Eingewanderten in die Kultur und Mehrheitsgesellschaft nachgeordnet ist. Wir leben jedoch in einer multikulturellen Gesellschaft mit 19,5 % Migrantenanteil. Die Vielfalt hat zugenommen, im

kulturellen, religiösen, sozialen und beruflichen Leben. Die Mehrheitsgesellschaft hat sich verändert. Der Paradigmenwechsel verschiebt die einseitige Thematisierung der Zumutungen und Belastungen zugunsten zusätzlicher Ressourcen und Kompetenzen, von den Defiziten zu den Stärken der Migranten, von den ungenutzten Potenzialen zur Entdeckung, Anerkennung und Förderung dieser Ressourcen und Kompetenzen, von der Unvereinbarkeit zum friedlichen und produktiven Miteinander der Kulturen, von der Abwehr zur Öffnung. Nicht nur die Einwanderer brauchen die interkulturelle Begegnung und Perspektive, das gilt genauso für die Mehrheitsgesellschaft.

DIE VERFASSERIN WAR VON 2000–2001 VORSITZENDE DER UNABHÄNGIGEN KOMMISSION „ZUWANDERUNG“ UND ZWISCHEN 2000 UND 2004 VORSITZENDE DES SACHVERSTÄNDIGENRATES FÜR ZUWANDERUNG UND INTEGRATION. HEUTE IST SIE PRÄSIDENTIN DES DEUTSCHEN VOLKSHOCHSCHUL-VERBANDES ■

Nachhaltige interkulturelle Bildung

Was brauchen wir dafür? / Von Olaf Zimmermann

In den vergangenen Monaten sind eine Reihe von Studien zum Thema Migration bzw. Migrant*innen erschienen, Veranstaltungen zum Thema Interkultur wurden organisiert und Gremien wie z.B. der Sachverständigenrat für Integration und Migration haben ihre Arbeit aufgenommen. Das Thema, und vor allem die Notwendigkeit längerfristig aktiv über Fragen und Voraussetzungen für das Zusammenleben in der Gesellschaft zu reden, hat Konjunktur.

Auch im Kulturbereich belegt eine beeindruckende Zahl an Projekten, wie sich Einrichtungen der kulturellen Bildung, Vereine oder auch Kultureinrichtungen mit Fragen der interkulturellen Bildung befassen. Doch stellt sich immer wieder die Frage, wie nachhaltig sind diese Vorhaben? Führen die Projekte tatsächlich zu einer Veränderung der Arbeit? Ist diese Veränderung überhaupt notwendig? Und gibt es einen Austausch zwischen den Organisationen der Migranten und den Kulturinstitutionen im weitesten Sinne?

Der Deutsche Kulturrat positioniert sich als Spitzenverband der Bundeskulturverbände bereits seit über 25 Jahren zum Thema Kulturelle Bildung. Im Mittelpunkt stehen dabei Forderungen nach der Verbesserung der gesetzlichen und materiellen Rahmenbedingungen für kulturelle Bildung. Ebenso setzt sich der Deutsche Kulturrat für einen barrierefreien Zugang zu allen Angeboten der kulturellen Bildung ein. Eine zentrale Fragestellung ist dabei die Teilhabegerechtigkeit. Nicht zuletzt aufgrund des demografischen Wandels erhält der Aspekt der interkulturellen Bildung eine immer größere Bedeutung. Bereits im Jahr 2006 hat der Deutsche Kulturrat eine Stellungnahme zur interkulturellen Bildung in den schulischen und außerschulischen Bildungseinrichtungen verabschiedet. Die Stellungnahme „Interkulturelle Bildung: eine Chance für unsere Gesellschaft“ (<http://www.kulturrat.de/detail.php?detail=1057&rubrik=4>) spiegelt den Diskussionsstand innerhalb der Kulturverbände wieder. Es muss sich aber auch die Frage gestellt werden, ob diese auch die Interessen und Bedarfe derjenigen widerspiegelt, die nicht nur mit der deutschen, sondern auch oder vielleicht ausschließlich mit einer anderen Kultur aufgewachsen sind. Wie stellt sich bei ihnen das Thema interkulturelle Bildung? Hier bedarf es Nachholbedarf: in der Diskussionskultur, in der Zusammenarbeit und auch im Zusammenwachsen.

Im Juni letzten Jahres startete der Deutsche Kulturrat, mit finanzieller Unterstützung durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung, ein 3,5 Jahre laufendes Projekt um die Strukturbedingungen für eine nachhaltige interkulturelle Bildung zu identifizieren. Diese Strukturbedingungen sollen gemeinsam mit den Migrant*innenverbänden identifiziert werden. Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist die gleichberechtigte und vor allem auf Augenhöhe verlaufende Diskussion bei der am Ende nicht nur im Rahmen dieses Projektes eine Zusammenarbeit stattfinden sollte, sondern im Idealfall ein regelmäßiger Austausch mit den Migrant*innenorganisationen.

Um das Rad nicht wieder neu zu erfinden, hat der Deutsche Kulturrat das Gespräch mit befreundeten Organisationen gesucht, die sich bereits seit Jahrzehnten mit Migrations- und Integrationsfragen auseinandersetzen. Der Deutsche Kulturrat konnte dabei eine bereits



„Für mich war das Schlimmste, dass ich in einer Welt war, von der ich überhaupt nichts wusste.“, Veronica Oommen, Indien, kam 1965 nach Deutschland, um die Sprache zu lernen und zu studieren. (Hier mit deutscher Krankenschwester-Kollegin, 1971) © migration-audio-archiv

bestehende Zusammenarbeit zu verschiedenen Fragestellungen wie z.B. Fragen des bürgerschaftlichen Engagements anknüpfen. Zu diesen Organisationen gehören der Deutsche Olympische Sportbund, die Katholische und die Evangelische Kirche, der Deutsche Caritasverband, der Paritätische Gesamtverband, die Arbeiterwohlfahrt sowie der Deutsche Volkshochschulverband. Einige dieser Verbände skizzieren in dieser Beilage ihre Arbeit im Feld Migration und stellen den Stellenwert ihrer integrativen Bildungsarbeit heraus.

Wie sieht nun konkret der Ablauf des Projektes aus?

Das Projekt wird wesentlich aus zwei Elementen bestehen: voraussichtlich zwei thematischen Runden Tischen sowie der Beilage INTERKULTUR zur Zeitung *politik und kultur*, des Deutschen Kulturrates. Begleitet wird das Projekt durch Experten aus der Wissenschaft und den Verbänden sowie dem Fachausschuss Bildung des Deutschen Kulturrates. Regelmäßige Unterstützung erhoffen wir uns weiterhin von den befreundeten Organisationen außerhalb des Kulturbereiches und besonders von den Mitgliedern des Deutschen Kulturrates, die bereits an ähnlichen Fragestellungen arbeiten.

Thematische Runde Tische

Themen der beiden Runden Tische sind zum einen die Frage „Lernorte interkultureller Bildung“, zum anderen die Fragestellung, wie die vielfältigen in Deutschland präsenten Kulturen

bewahrt werden können. Bei dem ersten thematischen Runden Tisch wird es darum gehen, zunächst zu identifizieren, welche Elemente interkulturelle Bildung überhaupt ausmachen. Was meinen wir, wenn wir von interkultureller Bildung sprechen? Welche Aspekte sind zu berücksichtigen? Wer kann sie vermitteln? Wie müssen diejenigen ausgebildet sein, die interkulturelle Bildung vermitteln? Und vor allem: An welchen Orten kann interkulturelle Bildung vermittelt werden und welcher gesetzlicher Rahmenbedingungen bedarf es dafür?

Der zweite Runde Tisch wird im weiteren Sinne die Frage aufwerfen, an welchen Orten kulturelle Vielfalt und Traditionen vermittelt, welche Zielgruppen ins Blickfeld gezogen werden und ob es einer Veränderung an Angeboten bedarf, die die vielfältigen Interessen in einer pluralen Gesellschaft widerspiegeln.

Diese und weitere Themen in diesem Zusammenhang sollen gemeinsam mit interessierten Migrant*innenverbänden diskutiert werden. Welche Inhalte genau thematisiert werden, wird sich im Verlauf der Runden Tische, die mehrmals zusammenkommen sollen, ergeben. Der Deutsche Kulturrat ist der Initiator, der die Plattform bereitstellt. Die konkreten Fragestellungen müssen gemeinsam mit den Migrant*innenverbänden und Kulturverbänden formuliert werden.

Beilage INTERKULTUR

Eines der Herzstücke des Projektes ist sicherlich die Beilage INTERKULTUR, die in den kommenden Jahren vier bis sechs Mal der Zeitung *politik und kultur* beigelegt wird. In dieser Beilage sollen

unterschiedliche Themen behandelt und Projekte vorgestellt werden. Das Ziel ist es, Themen anzustoßen, über die sich vielleicht im Kulturrahmen bisher weniger Gedanken gemacht wurden, wie die Frage nach Kunst und Migration und inwiefern dies als Addition überhaupt eine Rolle spielt. Darüber hinaus sollen Projekte und Initiativen vorgestellt werden, die beispielhafte interkulturelle Angebote unterbreiten. Zu guter Letzt sollen auch wissenschaftliche Untersuchungen Widerhall in der Beilage finden.

Für den Deutschen Kulturrat ist dieses Projekt eine Herausforderung, da nicht nur Inhalte, sondern auch Strukturen des eigenen Verbandes überdacht werden müssen. Aber auch dieser Aufgaben muss sich der Deutsche Kulturrat stellen. Die Veränderung der Gesellschaft darf nicht vor der Tür der etablierten deutschen Kulturverbände halt machen. So wie es den Ruf nach interkultureller Öffnung von kommunalen Einrichtungen gibt, so müsste dies auch für die Kulturverbände gelten. Und das geschieht bereits bei einer Reihe von Verbänden. In einer Umfrage eruiert der Deutsche Kulturrat derzeit, inwiefern das Thema Integration und interkulturelle Bildung eine Rolle in den Mitgliedsverbänden des Deutschen Kulturrates spielt. Die konkreten Ergebnisse stehen noch aus, werden aber Aufschluss darüber geben, wie weit wir im Kulturbereich mit diesem Thema handeln müssen.

DER VERFASSER IST GESCHÄFTSFÜHRER DES DEUTSCHEN KULTURRATES UND HERAUSGEBER DER ZEITUNG *POLITIK UND KULTUR* ■

Grundlagen von Integrationsprozessen

Das Thema Integration aus der Sicht des Deutschen Caritasverbandes / Von Roberto Alborino

Integrationspolitik, verstanden in einem weiten Sinne, kann verschiedene Lebensbereiche und Zielgruppen umfassen. Grundlage einer jeden Integrationsdebatte ist das Bestehen einer Art „Basisgesellschaft“ und Menschen, seien es Behinderte, Ältere, Ausländer, die „anders“ sind und nicht an allen Facetten der Gesellschaft teilhaben. Darüber hinaus ist es Ziel einer modernen Gesellschaft eine gewisse „Teilhabe-Homogenität“ herzustellen.

Mit Blick auf Menschen mit Migrationshintergrund wird Integration seit einigen Jahren meist als ein ressortübergreifendes Politikfeld gesehen – als Querschnittsaufgabe. Gleichzeitig wird in der deutschen Integrationsdebatte der vergangenen Jahrzehnte Integration oft als gescheitert oder doch zumindest wenig erfolgreich dargestellt.

Der Deutsche Caritasverband wehrt sich schon lange dagegen, die bisherige Politik und damit auch die Lebensleistungen vieler Menschen derart abzuqualifizieren. Integration hat immer stattgefunden und zwar mehrheitlich erfolgreich – für die Gesellschaft und für den einzelnen. Daraus folgt die Notwendigkeit, die positiven Effekte und Errungenschaften durch Migration und Integration sowie die Integrationsleistungen, die von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, von Staat und Gesellschaft in den vergangenen Jahrzehnten erbracht wurden, stärker zu würdigen.

Sieht man auf die Aspekte, die mittlerweile als Messfaktoren für Integration genannt werden, war Deutschland – bei allen Defiziten – erfolgreich. Die Mehrheit der Menschen mit Migrationshintergrund lebt heute ähnlich „integriert“ wie Menschen ohne Migrationshintergrund. Das wird aber kaum wahrgenommen, wahrscheinlich gerade weil die Integration so erfolgreich verlief und die Menschen so „normal“ sind und unspektakulär in Deutschland leben.

Mit dem Thema Integration werden in der öffentlichen Wahrnehmung oft Probleme und Defizite verbunden, zum Beispiel bei der Gleichstellung der Geschlechter oder im Demokratieverständnis, Probleme mit der deutschen Sprache, Bildungsbenachteiligung sowie eine unzureichende Arbeitsmarktintegration. Die Verknüpfung dieser Probleme mit Migration und die oft pauschal erhobene Forderung nach Förderung für Migranten haben zu einem stereotypen Bild geführt, das Menschen mit Migrationshintergrund als problembehaftet und förderbedürftig zeichnet. Das liegt auch daran, dass die Ursachen für mangelnde Integrationsfähigkeit von einigen Menschen mit Migrationshintergrund noch viel zu oft ausgeblendet werden. So werden die Folgen sozialer Segregation und gesellschaftlicher Ausgrenzung, die Deutsche ohne Migrationshintergrund in ähnlicher Lage genauso betreffen, häufig nicht mitgedacht. Nicht mitgedacht, weil dadurch Probleme und Lösungsansätze nicht mehr nur allein bei den Menschen mit Migrationshintergrund, sondern auch in der deutschen Gesellschaft ohne Migrationshintergrund gesucht werden müssen?

Vielen Integrationsdiskursen und -konzepten ist noch immer gemein, dass sie sich mit „der“ Integration „von“ Migranten befassen. Sie gehen davon aus, dass es eine weitgehend fest stehende Gesellschaft gibt, in die Menschen mit Migrationshintergrund integriert werden (müssen) oder sich (freiwillig) integrieren. Derartige Konzepte übersehen, dass jeder Mensch, der in einer Gesellschaft lebt, bereits Teil dieser Gesellschaft ist – also nicht mehr „eingefügt“ werden kann – auch dann, wenn er persönlich wenig erfolgreich ist oder sich vielleicht nicht immer an Gesetze hält (wie z.B. Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus).

Die „zugewanderte“ Vielfalt verändert die Gesellschaft von alleine und hat diese seit Jahrhunderten verändert. Auf der anderen Seite findet auch Assimilierung da, wo sie nötig ist, von alleine statt.

Es geht bei Integration also nicht darum, Menschen in etwas Bestehendes und Statisches einzugliedern oder sie daran anzugleichen. Einer Integrationspolitik muss es vielmehr darum gehen, Teilhabechancen zu gewähren und die Gesellschaft gemeinsam zu gestalten. Ziel von Integrationspolitik muss es sein, entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen für gegenseitige Anerkennung sowie Partizipation, Gleichberechtigung und Chancengleichheit. Die Werte der freiheitlich demokratischen Grundordnung müssen den Rahmen für das Zusammenleben



„In Deutschland haben Migranten die Möglichkeit, sich selbst zu verwirklichen.“ Catalin Gagiu, Rumänien, kam 1990 als 8-Jähriger mit seinen Eltern nach Deutschland (Abb. Catalin Gagius Vater (links im Bild)). © migration-audio-archiv

bilden und die Basis und Folie für kulturelle Vielfalt, die Entfaltung jedes Einzelnen und einer gemeinsamen Identität sein.

Integration ist ein komplexer Prozess, der auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen und Bereichen abläuft. Der Deutsche Caritasverband hat unter dem Titel „Miteinander leben – Perspektiven des Deutschen Caritasverbandes zur Migrations- und Integrationspolitik“ versucht, die wichtigsten Themenkomplexe herauszuarbeiten und daraus zentrale Botschaften für eine gelingende Integration zu entwickeln. Die Perspektiven sollen eine Vision für die Dienste und Einrichtungen der Caritas darstellen und gleichzeitig ein Beitrag für eine zukunftsfähige Integrationspolitik sein. Auf zwei zentrale Botschaften möchte ich etwas näher eingehen:

„Heimat schaffen für alle“: Es gibt eine starke emotionale Differenzierung zwischen den Bewohnern Deutschlands – auch zwischen Menschen mit und solchen ohne Migrationshintergrund. Diese Differenzierung kann sinnvoll sein, wenn die Migrationsgeschichte einer Person oder Familie selbst eine Rolle spielt. Sie wird dann zum Problem, wenn damit eine distanzierende Zuschreibung des Nichtdazugehörens verbunden wird und die Bezeichnung „mit Migrationshintergrund“ Menschen in ausgrenzender Weise wie ein Etikett, das Ungleichheit erklärt und rechtfertigt, angeheftet wird.

Für ein echtes Miteinander sind politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen erforderlich, die das Zusammenleben befördern. Es gilt, ein Klima zu schaffen, das geprägt ist von Wertschätzung und Respekt. Es gilt, den Blick für

das Verbindende zu öffnen und ein Gefühl für das Gemeinsame zu entwickeln. So ist es unabhängig von der Herkunft möglich, sich in Deutschland heimisch zu fühlen.

Populistische Forderungen nach Anpassung an ein bestimmtes Deutschlandbild werden zurückgewiesen. Ausländer, die legal in Deutschland leben, Eingebürgerte und andere Deutsche mit Migrationshintergrund sind Teil der Bevölkerung Deutschlands mit Rechten und Pflichten, wie Deutsche ohne Migrationshintergrund auch. Die Akzeptanz von Unterschiedlichkeit stellt die Geltung der Rechtsordnung sowie der Menschenrechte für Alle nicht in Frage, sondern ist Teil davon.

Bei dem Versuch des „Miteinanders“ muss deutlich werden, dass unsere Gesellschaft abweichendes Verhalten und bewusste Abgrenzung als Ausdruck der Selbstbestimmung in einem bestimmten Rahmen aushalten muss.

„Vielfalt anerkennen und gestalten“. Vielfalt und die Vision einer Gesellschaft werden in den Perspektiven bejaht, die Vielfalt und die Unterschiedlichkeit jedes Menschen anerkennt, in dem man sich mit Vorurteilen auseinandersetzt, diesen aktiv entgegengewirkt und die Grundlagen des Zusammenlebens im gemeinsamen Diskurs gefunden werden.

Die universelle Geltung der Menschenrechte ist dabei nicht verhandelbar. Das bedeutet auch, dass immer wieder das Verhältnis der Religions- und der Meinungsfreiheit zueinander und zu den anderen Freiheitsrechten austariert werden muss. Kritik an Religionen und religiösen Geboten muss ebenso möglich sein, wie die Berufung auf die

Religion in der persönlichen Lebensgestaltung. In dieser Balance muss der Staat seine Schutzfunktion zur Verwirklichung der Menschenrechte umfassend wahrnehmen.

Um der gewachsenen Vielfalt gerecht zu werden, müssen sich die Gesellschaft, ihre Institutionen und ihre Mitglieder öffnen. Dies darf nicht ohne Beteiligung der Betroffenen geschehen. Menschen mit Migrationshintergrund und ihre Interessensvertreter müssen als gleichwertige Partner an der Umgestaltung beteiligt sein. Die interkulturelle Öffnung und Umgestaltung von Behörden, von Hilfs-, Beratungs- und Versorgungsangeboten, von Bildungseinrichtungen, von Vereinen und anderen sozialen Organisationen sowie der Arbeitswelt wird eine der wesentlichen Aufgaben der Zukunft sein. Angebote müssen deshalb überdacht werden, Zugangsbarrieren abgebaut und interkulturelle Kompetenzen bei allen Beschäftigten einschließlich der Leitungsebene erworben werden.

Unverzichtbare Grundlage für Integrationsprozesse sind Toleranz und Achtung vor dem jeweils Anderen. Für Einzelne – ob mit oder ohne Migrationshintergrund – kann das bedeuten, Einstellungen und Verhalten an geänderte Rahmenbedingungen anzupassen. Für Institutionen bedeutet es, sich zu öffnen und Zugangshindernisse zu beseitigen. Den politisch Verantwortlichen obliegt die Aufgabe hierfür rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen.

DER VERFASSER IST LEITER DES REFERATS MIGRATION UND INTEGRATION BEIM DEUTSCHEN CARITASVERBAND ■



„Für mich war das Schlimmste, dass ich in einer Welt war, von der ich überhaupt nichts wusste.“, Veronica Oommen, Indien, kam 1965 nach Deutschland, um die Sprache zu lernen und zu studieren. (Abb. rechts außen).
© migration-audio-archiv

Zusammenarbeit mit Migrant*innenorganisationen

Erfahrungen im Paritätischen Wohlfahrtsverband / Von Harald Löhlein

Die Diskussion um den Nationalen Integrationsplan hat dazu geführt, dass den Migrant*innenorganisationen nunmehr größere Aufmerksamkeit und Wertschätzung zukommt. Das wird auch höchste Zeit. Denn seit vielen Jahren leisten diese Organisationen einen wichtigen Beitrag bei der Integration vor Ort, bei der Formulierung von Erfahrungen und Interessen der verschiedenen Migrantengruppen.

Im Paritätischen Wohlfahrtsverband hat die Unterstützung der Migrant*innen(s)elbstorganisationen schon eine längere Tradition. Dies liegt darin begründet, dass der Unterstützung von Selbsthilfestrukturen – insbesondere im Bereich der Gesundheitsselfthilfe – im Verband seit langem zentrale Bedeutung zukommt und im Verband demzufolge auch zahlreiche Selbsthilfegruppen, Selbsthilfebüros, -kontaktstellen etc. organisiert sind. So sind derzeit ca. 110 Migrant*innenelbstorganisationen Mitglied im Paritätischen. In Nordrhein-Westfalen unterhält der Verband seit vielen Jahren eine spezifische Fachberatungsstelle für Migrant*innenelbstorganisationen, in mehreren Bundesländern wurden in der Vergangenheit spezielle Qualifizierungsmaßnahmen für diese Organisationen angeboten. Um die Wahrnehmbarkeit, die Vertretung der Migrant*innenorganisationen innerhalb wie auch außerhalb des Verbandes zu stärken, hat der Verband zudem 2007 das „Forum der Migrant*innen und Migranten“ als Plattform der Migrant*innenorganisationen im Paritätischen gegründet. An den bisherigen Jahrestreffen des Forums waren jeweils ca. 60 Migrant*innenelbstorganisationen vertreten, wählten ihre Sprecherinnen und Sprecher und einen Beirat, verabschiedeten verschiedene migrationspolitische Positionen und diskutierten konkret, welchen Beitrag aber auch welche Forderungen die Migrant*innenorganisationen in die aktuelle Integrationsdebatte einbringen können und wollen. Schwerpunktmäßig will sich das Forum in den nächsten Jahren mit der Frage befassen, wie die Bildungs- und Ausbildungschancen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund

verbessert werden können. Viele Migrant*innenorganisationen engagieren sich ja insbesondere bei der Unterstützung der Eltern, insbesondere auch hinsichtlich der Bildung und Ausbildung ihrer Kinder. Das Forum hatte auch konkrete Vorschläge zur Initiative der Bundesregierung: „Aufstieg durch Bildung“ entwickelt und diese mit Staatssekretär Scheele vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales diskutiert.

Das Forum bzw. seine Vertreterinnen und Vertreter sind mittlerweile eingebunden in zahlreiche Diskussionszusammenhänge auf nationaler Ebene – wie etwa bei den Folgeveranstaltungen des Integrationsplans oder der weiteren Diskussion des Integrationsprogramms.

Im Jahr 2009 startet zudem beim Paritätischen Gesamtverband ein zusätzliches, vom Europäischen Integrationsfonds gefördertes Projekt, dessen Ziel es ist, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Migrant*innenorganisationen weiter zu qualifizieren, damit sie noch wirkungsvoller ihr know how in die Integrationsarbeit einbringen können, die Partizipation der Migrant*innenorganisationen gestärkt wird und bessere Kooperationsformen und professionelle Begleitung gefördert wird.

Um zukünftig eine stärkere Partizipation zu ermöglichen, bedarf es aber nicht nur einer verstärkten Qualifizierung, sondern auch einer stärkeren finanziellen Förderung der Migrant*innenorganisationen und ihrer kontinuierlichen Einbindung in Beratungs- bzw. Entscheidungsgremien auf kommunaler, Landes- und Bundesebene.

Erfolgreich hat sich der Paritätische daher in der Vergangenheit dafür eingesetzt, dass Migrant*innenorganisationen aus dem Verbandsbereich auch bei der Förderung von gemeinwesenorientierten Projekten oder bei der Einrichtung von Migrationsberatungsstellen berücksichtigt wurden. Die gezielte Unterstützung von Migrant*innenorganisationen ist – auch im Verband – nicht immer unumstritten. Dies liegt u.a. daran, dass sich hinter dem Namen „Migrant*innenelbstorganisation“ zunächst einmal sehr unterschiedliche Organisationen versammeln. Unterschiedlich hinsichtlich ihrer Zielsetzung, ihrer Zusammensetzung, ihrer

Professionalität, ihrer politischen oder religiösen Ausrichtung etc.. Natürlich kann daher nicht jede Migrant*innenorganisation unterstützenswert sein. Aber im Rahmen der verbandlichen Arbeit kann es ohnehin nur um diejenigen Organisationen gehen, die schwerpunktmäßig in der sozialen oder soziokulturellen Arbeit engagiert sind – sonst können sie nicht Mitglied in einem Wohlfahrtsverband sein. Diese Organisationen vertreten natürlich nicht „die Migrant*innen“, aber sie haben häufig einen guten Zugang zu Teilgruppen der Migrant*innen und können deren Sichtweisen und Interessen gut einbringen. Wir kennen die Arbeit dieser Organisationen, die sich in aller Regel ja vorwiegend auf kommunaler Ebene engagieren, seit vielen Jahren und wissen, was sie leisten können – und was nicht.

Gewiss wäre es ein Fehler, in den Migrant*innenorganisationen allein nun die entscheidenden Akteure bei der Integration vor Ort zu sehen. Wichtig ist es vielmehr, dass sich die Gesellschaft insgesamt auf die geänderten Bedingungen einer Einwanderungsgesellschaft einstellt, dass etwa im Bildungsbereich migrationspezifische Aspekte angemessen berücksichtigt werden, dass Potentiale aber auch spezifische Förderbedarfe stärker wahrgenommen werden. Wichtig ist die interkulturelle Öffnung von Verwaltung und sozialen Diensten. Dass alles kann natürlich nicht allein von Migrant*innenorganisationen in Angriff genommen werden. Sie können hierzu aber wichtige Impulse geben.

Die Stärke von Migrant*innenorganisationen im sozialen Bereich liegt auch nicht darin, dass sie bessere soziale Arbeit leisten, sondern dass sie teilweise bessere Zugänge zu einem Teil von Migrant*innen haben, die von anderen Diensten bisher nicht ausreichend erreicht wurden. Sie haben vor allem viel eher die Möglichkeit kritische Diskussion in der „Community“ anzustoßen, Einstellungen oder Verhaltenweisen zu hinterfragen, als es Beraterinnen und Berater anderer Beratungsstelle leisten könnten.

Auf der anderen Seite kann dies natürlich auch bedeuten, dass diese Organisationen teilweise eben nur bestimmte Migrant*innengruppen ansprechen, andere nicht. Die Erfahrungen im Verband

zeigen aber, dass viele Migrant*innenorganisationen, die sich verständlicherweise zunächst um eine bestimmte Klientel gekümmert haben, ihre Angebote zunehmend ausweiten im Sinne einer sozialräumlichen Orientierung, wenn sie die Möglichkeit haben, ihre Arbeit zu professionalisieren und dabei entsprechende fachliche und finanzielle Unterstützung erhalten.

Bisher freilich haben viele Organisationen nur sehr begrenzte Ressourcen. Es ist bewundernswert, mit welchem hohem persönlichen Einsatz viele sich derzeit in die aktuelle Diskussion einbringen. Allerdings darf man sie auch nicht überfordern. Wenn man etwa mitverfolgt, wie häufig Vertreter von Migrant*innenorganisationen nach Berlin zu Tagungen, Arbeitsgruppen etc. eingeladen werden, stellt sich schon die Frage, wie lange sie dieses Engagement, das auf meist ehrenamtlicher Basis erfolgt, tatsächlich leisten können.

Wichtig ist nun, dass deutlich wird, dass die stärkere Einbeziehung von Migrant*innenorganisationen kein Strohfeuer bleibt, sondern hier dauerhaft neue Partizipationsmöglichkeiten geschaffen werden. Und spannend ist vor allem die Frage, in wieweit ihre Einbeziehung dann auch tatsächlich inhaltliche Auswirkungen hat auf die zukünftige Ausgestaltung der Migrations-, Sozial- oder Bildungspolitik. Denn natürlich verbinden die Migrant*innenorganisationen mit ihrem Engagement auch klare inhaltliche Interessen. Es zählt auf Dauer gewiss nicht nur „dabei gewesen“ zu sein, sondern ob und inwieweit die inhaltlichen Anliegen auch aufgegriffen wurden. Wünschenswert ist, dass die Beteiligung von Migrant*innenorganisationen, die bisher vor allem im Bereich der Planung und Ausgestaltung von Migrationspolitik verstärkt wird, zukünftig auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen ausgebaut werden kann. Daher ist es zu begrüßen, wenn der Deutsche Kulturrat für sein Projekt „Interkulturelle Bildung“ zukünftig auch verstärkt mit Migrant*innenorganisationen zusammenarbeiten will.

DER VERFASSER IST REFERENT FÜR FLÜCHTLINGSHILFE UND MIGRATIONSSOZIALARBEIT BEIM PARITÄTISCHEN GESAMTVERBAND ■

PISA-Schock und ein veränderter Bildungsbegriff

Kulturelle Bildung in einer Einwanderungsgesellschaft, die eigentlich keine sein möchte / Von Wolfgang Barth

PISA, Iglu und TIMMS haben es unübersehbar gemacht. Die Bildungserfolge von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund sind katastrophal. Die wichtigsten Fakten sind:

1. Das deutsche Bildungssystem ist im internationalen Vergleich Spitzenreiter bei der sozialen Selektion. Ein wesentlicher Selektionsindikator ist der Migrationshintergrund von Kindern und Jugendlichen.
2. Es gelingt dem deutschen Bildungssystem nicht, Kinder und Jugendliche mit einem Migrationshintergrund ihrem Alter gemäß zu bilden. „Fast 50% der Jugendlichen aus Zuwandererfamilien überschreiten im Lesen nicht die Kompetenzstufe I, obwohl 70 Prozent von ihnen die deutsche Schule vollständig durchlaufen haben.“ (PISA 2000, S. 379). Es sei daran erinnert, dass in der PISA-Studie die Kenntnisse von Fünfzehnjährigen getestet wurden. Von Schülern und Schülerinnen also, die sich im letzten Drittel der Schulbildung befinden.
3. Die Beteiligung von jugendlichen Migranten an weiterführenden Schulen bleibt skandalös gering. Zuwanderern verbleibt der Besuch der Hauptschule. „Dagegen findet man bei Jugendlichen aus reinen Zuwandererfamilien eine Bildungsbeteiligung, wie sie in Deutschland etwa 1970 anzutreffen war. Der Hauptschulbesuch beträgt noch knapp 50 Prozent, und ein relativer Gymnasialbesuch von 15 Prozent macht die Distanz zu dieser Schulform sichtbar.“ (PISA 2000, S.373)
4. Defizite im Erwerb des Deutschen haben ebenfalls Auswirkungen auf die so genannten nicht sprachlastigen Sachfächer – wie Mathematik, Physik, Biologie, Chemie. „Sprachliche Defizite scheinen sich kumulativ in Sachfächern auszuwirken.“ (PISA 2000, S. 376)

Diese Ergebnisse machen aber auch deutlich: Es handelt sich keineswegs um ein importiertes Problem, wie der Begriff der Migration suggerieren könnte, sondern um eines, das im Bildungssystem erst produziert wird. Der ersten PISA-Studie wurden die Wirkung des Sputnik-Schocks zugeschrieben. Die Kultusministerien aller Bundesländer reagierten mit einer Fülle von Maßnahmen. Die durchgreifendsten Reformen aber wurden im Elementarbereich durchgesetzt. Seitdem gehört es zu den Selbstverständlichkeiten, dass die Kindertagesstätten einen Bildungsauftrag zu erfüllen haben. Damit werden diese wichtigsten Einrichtungen der Elementarerziehung zu Bildungsanstalten. Feststellbar ist außerdem, dass durch die internationalen Vergleichsstudien mit ihrem Konzept des Messens, Wiegens und Zählens der Bildungsbegriff zunehmend mit Wissen und Fertigkeit gleichgesetzt wird. Der im Deutschen übliche Unterschied zwischen Bildung und Ausbildung wird dabei immer mehr verwischt. Den Kern des Bildungsbegriffs, wie er in Deutschland üblich war, lässt sich sehr schön anhand der deutschesten aller Literaturgattungen – dem Bildungsroman – ablesen. Von Goethes „Wilhelm Meisters Lehrjahre“ bis zum „Grünen Heinrich“ von Gottfried Keller. Immer geht es um das Wachsen und Werden des Individuum und dessen Weltaneignung in seiner Auseinandersetzung mit den anderen, der Gesellschaft und der erdachten, phantasierten, gehofften Zukunft des Ich. Auch den negativen Bildungsroman gibt es. Günter Grass lässt seinen Blechtrommler nicht zufällig das Wachsen einstellen. Bildung ist Wachsen und Werden. Ausbildung ist Sein. Bildung ist immer individuelle Aneignung der Wirklichkeit und nicht gleichzusetzen mit dem Verteilen von Bildungszertifikaten und nicht identisch mit Ausbildung.

Von der Integration

Im Sommer 2006 hat die Bundeskanzlerin zu einem ersten Integrationsgipfel eingeladen und damit einen umfassenden Integrationsdiskurs auf der Bundesebene eingeleitet. In zehn Arbeitsgruppen haben die wichtigsten Integrationsakteure Leitplanken für eine umfassende Integrationspolitik erarbeitet, die als Nationaler Integrationsplan auf dem 2. Integrationsgipfel im Sommer 2007 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Integration wird seitdem als zentraler Auftrag für alle Institutionen und Sozialisationsinstanzen verstanden und politisch gefordert. In dem



„Die Studentenbewegung hat mich den Deutschen nähergebracht.“, Wiewie Liem Makonnen, Chinesin aus Indonesien, kam Ende der 50er-Jahre mit ihrer Familie zunächst in die Niederlande, dann nach Deutschland. © migration-audio-archiv

Dokument findet sich der Begriff „Integration“ 1.219-mal. Pikanterweise wird der Begriff allerdings an keiner Stelle definiert und wird deshalb zu einem Megabegriff, von dem man nicht genau sagen lässt, was sich eigentlich dahinter verbirgt. In der Arbeitsgruppe „Wissenschaft“ wird deshalb zu recht konstatiert: „Es bleibt die Aufgabe, eine operationale Arbeitsdefinition zu entwickeln, die [...] auch in Politik, Öffentlichkeit und bei den Praktikern der präventiven, begleitenden und nachholenden Integrationsarbeit verwendet werden kann.“ (Nationaler Integrationsplan, S. 196) Vor allem aber wird Integrationsleistung von Migranten gefordert. Zu den Integrationsleistungen gehört das Deutsch lernen – und zwar mindestens auf dem Level B1 nach dem europäischen Referenzrahmen für Sprachen. Darüber hinaus wird es aber schon schwieriger zu bestimmen, was die zu erbringende Integrationsleistung sein soll. Die gewollte Unschärfe des Integrationsbegriffs führt dazu, dass Migranten immer wieder mit im Prinzip unendlichen Integrationsforderungen konfrontiert werden. Hinzu kommt, dass die Deutungshoheit über das, was Integration ausmacht, ausschließlich bei der Mehrheitsgesellschaft verortet ist. Das Integrationsziel ist so unscharf formuliert, dass es eigentlich unerreichbar ist. Deshalb wirkt die Integrationsdebatte – insbesondere für schon lange in der Bundesrepublik lebende Migranten – vorwiegend exkludierend. Die Botschaft lautet: Ihr gehört nicht dazu.

Politisch ist das wichtigste Ergebnis des Gipfelprozesses wohl die Aufwertung und Anerkennung der Migrantenorganisationen. Zum ersten Mal wurde in der diskursiv angelegten Erarbeitung des Nationalen Integrationsplan eine Auseinandersetzung auf gleicher Augenhöhe organisiert. Damit erhöhen sich aber auch die politischen Erwartungen an Migrantenorganisationen. Das wird sehr deutlich in der Metapher von der „Brücke in die Gesellschaft“, die sich in offiziellen Statements immer häufiger findet. In dem Bild von der Brücke wird subtil die alte Erzählung von Wir und Die fortgesetzt. Denn natürlich sind die allermeisten Migrantenorganisationen, selbst wenn sie herkunftsorientiert ausgerichtet sind, Teil der deutschen Gesellschaft.

Nun ist dies eine doppelbödig Erwartungshaltung an Migrantenorganisationen. Denn wenn sie eine derartige Brückenfunktion erfüllen, dann geht dies nur auf der Grundlage von Erhalt und Bewahrung einer wie auch immer definierten kulturellen Andersartigkeit. Kommen sie dieser Brückenfunktion nicht nach, weil sie sich als Teil dieser Gesellschaft verstehen, dann würden sie sofort ihre politische Rückendeckung verlieren.

Genau dieses Dilemma wird gestützt von der Debatte um Kultur. Im Zusammenhang mit Einwanderung, Migration und Integration kommt der Rede von der Kultur die Funktion zu, „Menschen mit Migrationshintergrund“ als die Fremden zu beschreiben, deren Zugehörigkeit keineswegs als sicher gelten kann, sondern ständig aufs Neue bewiesen werden muss. Kultur wird so aufgefasst als mentaler Käfig, in dem alle „Menschen mit Migrationshintergrund“ lebenslänglich eingesperrt sind. Die Rede von der Parallelgesellschaft verfestigt genau dieses Bild von dem Gefangensein in „40 m² Deutschland“.

Migrantenorganisationen

Migrantenorganisationen haben sehr unterschiedliche Organisationsformen und Entwicklungslinien. Nach den Angaben des Ausländervereinsregisters existierten im Jahr 2002 rund 16.000 Migrantenorganisationen (Hunger 2002). Hunger hat für seine Untersuchung der Migrantenorganisation eine Typologie, danach unterscheidet er:

- Arbeitervereine/ Begegnungszentren,
- Religiöse Vereine,
- Freizeit- und Sportvereine,
- Kulturvereine,
- Politische Vereine,
- Familien- und Elternvereine,
- Berufsverbände und Wirtschaftsvereine,
- Soziale und humanitäre Vereine.

Nach den vorliegenden Untersuchungen (NRW, Hunger, Fijalkowski) stehen kulturelle Aktivitäten im Mittelpunkt der Vereinsaufgaben. Dies stellt auch bei der Mehrheit der Organisationen einen der Gründungsanlässe dar. Da geht es um gemeinsame Feiern (Newroz Fest, orthodoxes Osterfest, Tetfest etc.), also um herkunftshomogene Geselligkeit. Kinder und Jugendliche erhalten dort herkunftssprachlichen Unterricht, insbesondere in kleineren ethnischen communities, für die kein so genannter muttersprachlicher Unterricht im staatlichen Bildungssystem organisiert wird. Kulturelle Aktivitäten sind eng gebunden an „Sitten und Gebräuche“ der Herkunftsgesellschaften – und sei es die Herkunftsgesellschaft der Großelterngeneration. Ziel der allermeisten kulturellen Aktivitäten ist Erhalt und Bewahren der mitgebrachten „Kultur“ und deren Weitergabe an die jüngere Generation. Lakonisch formuliert deshalb die sechzehnjährige Minh Nguyen: „Natürlich muss man sich immer auf das Moderne einstellen, aber irgendwo ist auch die Kultur da.“ (Beth/ Tuckermann: „Heimat ist da, wo man verstanden wird.“ Berlin 2009, S. 84)

Kulturelle Bildung als Identitätsformer

Kulturelle Bildung als Aufgabe und Programmatik der jugendkulturellen Einrichtungen für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund steht in einem komplexen und dynamischen Spannungsfeld zwischen Erhalten und Bewahren auf der einen Seite und Aneignung, Auseinandersetzung mit Welt und Gesellschaft im Modus der kulturellen Bildung auf der anderen Seite. Die Kulturpolitische Gesellschaft hat 2004 eine Befragung unter kommunalen Kultur- und Jugendämtern durchgeführt. Danach ist das Bild eindeutig: Migranten sind eine vernachlässigte Zielgruppe der Kulturpolitik. Wenn es Konzepte – auch mit finanzieller Ausstattung – gibt, dann nahezu ausschließlich in den Großstädten der Republik.

Kulturelle Bildung für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund findet nahezu ausschließlich in der Schule statt. Museumspädagogische Dienste, Musikschulen, Jugendkunstschulen, Theaterpädagogische Zentren sind bislang keine relevanten Sozialisationsinstanzen für Migranten. Dabei ist völlig unbestritten, dass Musik, Literatur, Tanz (Breakdance), Film und Theater kulturelle Ausdrucksformen sind, die Kinder und Jugendliche auf ihrem Weg in die Erwachsenenwelt stützen und begleiten können.

Seit der ersten Zusammenstellung von Modellen und Projekten, die die Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung bereits im Jahr 1983 unter dem Titel „Kulturarbeit mit ausländischen Kindern und Jugendlichen“ veröffentlicht hat, sind eine Fülle von interkulturellen Bildungsprojekten entwickelt worden, deren zentrale Botschaft lautet: Gerade Kinder und Jugendliche aus Einwandererfamilien können Bestätigung und – endlich auch mal – Anerkennung durch das Mitmachen an Projekten kultureller Bildung finden. Wenn es nämlich darauf ankommt, Ausdrucksformen dafür zu finden, was sie zu sagen haben. Und dabei nicht nur dem Schema von Einleitung – Hauptteil – Schluss des ritualisierten Besinnungsaufsatz in der Schule folgen müssen. Denn sonst wird es weiter eine große Gruppe von männlichen Jugendlichen geben, die unter Bildung die Formung des eigenen Körpers verstehen und die „Muckibude“ als Bildungsanstalt begreifen.

DER VERFASSER IST GRUNDSATZREFERENT FÜR MIGRATION BEI DEM BUNDESVERBAND DER ARBEITERWOHLFAHRT E.V. ■

Ich singe mein Lied in fremdem Land

Kultur und Migrationsgemeinden / Von Martin Affolderbach

Migration und Zuwanderung haben in den zurückliegenden rund 50 Jahren Deutschland zu einem Zuwanderungsland gemacht. Dies ist nicht ohne Auswirkungen auf das kulturelle Leben in Deutschland geblieben. Doch spiegelt sich diese Tatsache recht wenig im öffentlichen Bewusstsein wider und ist auch innerhalb der Kulturlandschaft eher ein Randthema. Das hat möglicherweise damit zu tun, dass zeitgleich eine Globalisierung von Kulturangeboten und Kulturaustausch stattfand. Die Kontakte zur Kultur anderer Länder haben möglicherweise einen größeren Anreiz als die Zusammenarbeit mit Migranten oder Zuwandern aus diesen Ländern in Deutschland.

Dennoch lohnt es sich, den Blick auf ethnische Minderheiten in Deutschland zu richten und deren kulturelle Identitäten und kulturelle Kompetenzen mit Aufmerksamkeit wahrzunehmen. In diesem Beitrag soll dies anhand einiger Beobachtungen zu religiösen Minderheiten in Deutschland geschehen.

Migrationsgemeinden in Deutschland

Unter den zugewanderten Minderheiten sind ohne Zweifel die Muslime die größte religiöse Gruppe, unter welchen wiederum mit Abstand die Türkischstämmigen die Mehrheit bilden. Erst nach und nach haben sich diese auch in Moscheegemeinden organisiert und entfalten Interesse an einer Mitwirkung am öffentlichen Leben.

Von der Zahl her folgen etwa zwei Millionen katholische und über eine Million orthodoxe Christen, die nach Deutschland zugewandert sind und zu einem sehr hohen Anteil aus Süd-, Ost- und Zentraleuropa stammen. Die Zahl der zugewanderten protestantischen Christen beträgt demgegenüber nur einige Hunderttausend. Neben evangelischen Skandinaviern sind diese auf zahlreiche Nationalitäten mit unterschiedlichen konfessionellen Prägungen verteilt.

Die jüdischen Gemeinden in Deutschland haben durch die Zuwanderung von Juden aus Russland und Osteuropa einen zum Teil sehr hohen Migrantenanteil. Andere religiöse Minderheiten setzen sich in ähnlicher Weise aus Einheimischen und zugewanderten Migranten und Flüchtlingen zusammen wie beispielsweise die Buddhisten oder die Baha'í. Aleviten, Yeziden wie auch einige orientalische Christen bestehen fast ausschließlich aus Migranten oder Flüchtlingen, die ihre Siedlungsgebiete verlassen mussten.

Migrationsgemeinden als Kulturträger

Diese Gruppen sind ohne Zweifel Kulturträger. Und: Migrationsgemeinden sind Orte der Pflege von kulturellem Erbe und auch kultureller Innovation. Der Begriff der Kultur kann hier sehr umfassend verstanden werden; denn er bezeichnet auf der einen Seite Alltagssprache, soziale Verhaltensmuster, Kleidung, Gebräuche und religiöse Feste ebenso wie auf der anderen Seite Kultur im spezifischen Sinne: geformte Sprache, Literatur, Schriften, Musik, Tanz, Gesänge, darstellende Künste, Architektur und andere Bereiche. Ein Blick auf Sprache und Musik ist besonders lohnend.

Sprachen sind nicht nur Mittel von Kommunikation und Verständigung, sondern auch Kulturträger. Obwohl sie selbst stetem Wandel unterwor-



„In den 50er-Jahren waren wir Ausländer Exoten. Wir bekamen oft Freibier in den Lokalen.“ Arifien Musnadi, Indonesien, kam Anfang der 50er-Jahre zum Studium nach Deutschland. © migration-audio-archiv

fen sind, transportieren sie den kollektiven kulturellen Schatz von Gemeinschaften und tragen die geschichtlichen Sedimente vergangener Epochen in sich. Sprachen von Minderheiten sind jedoch auch in ihrer Existenz bedroht. Evolutionäre Prozesse verändern diese nicht nur, sondern setzen sie auch einem Kampf ums Überleben aus. Das trifft vor allem für ethnische Minderheiten zu, die in ihren ursprünglichen Siedlungsräumen bedroht waren und sind und in ihrem neuen Lebensumfeld beispielsweise in Deutschland einem starken Anpassungsdruck ausgesetzt sind. So wünschenswert es ist, dass alle dauerhaft in Deutschland lebenden Menschen über ausreichende Kenntnisse des Deutschen verfügen, so sehr kommen aber auch Minderheitensprachen in der Diaspora unter Überlebensdruck. Das trifft meist nicht für die erste oder zweite Generation, jedoch in erhöhtem Maße für die folgenden Generationen zu.

Da, wo der primäre Spracherwerb und die Sprachpflege beispielsweise in den Familien nicht mehr gewährleistet ist und der Alltagsverständnis dient, ist die bewusste Kulturpflege für manche Minderheiten die einzige Möglichkeit, der Bedrohung oder dem gänzlichen Aussterben ihrer sprachlichen Überlieferung zu widerstehen.

Ähnliches trifft auch auf die Musiktraditionen von Migranten zu, die einen riesigen Schatz von Stilen, Instrumenten, Kompositionen und Liedern umfassen. Bei manchen Migrantengruppen gibt es eine enge Verbindung zwischen Volksmu-

sik und religiöser Musik wie beispielsweise in den skandinavischen Ländern. Es gibt aber auch teilweise deutliche Trennungen zwischen beiden Genres. Der Islam kennt Traditionen, die neben der gesungenen Rezitation von Koranversen jegliche Musik ablehnen oder ihr distanziert gegenüber stehen. In orthodoxen Gemeinden spielt der liturgische Gesang eine große Rolle, bei Gruppen aus Afrika bringen Rhythmus und Bewegung eine vitale emotionale Intensität in die Musik. Viele Formen von Meditation sind ohne musikalische Elemente nicht denkbar.

Religiöse Feste und Traditionen bedienen sich nicht nur Musik und Sprache, sondern auch anderer gestalterischer Elemente und kultureller Ausdruckformen, indem sie Orte und Haftpunkte im Alltag verankern. Die christliche Weihnachtstradition, orthodoxe Ostertraditionen, Ramadan oder alevitische Riten und Gebräuche sind Ereignisse, in denen bildende Künste sich mit Lebenswelten im weitesten Sinne verbinden und die Identität der Menschen und ihre kulturellen Prägungen nicht nur oberflächlich, sondern bis tief in das Gefühlsleben dauerhaft bestimmen.

Zwischen bedrohter und vermarkteter Kultur

Will man die kulturellen Potentiale von Migrationsgruppen in Deutschland etwas näher analysieren und beschreiben, kann man die folgenden drei Unterscheidungen vornehmen.

Pflege der Kultur des Heimatlandes

Zahlreiche Migrantengruppen nehmen nicht nur am kulturellen Leben in Deutschland teil, sondern pflegen auch die kulturellen Traditionen ihres Heimatlandes. So wachsen beispielsweise Kinder von bi-nationalen Familien häufig zweisprachig auf und erlernen auch eine „kulturelle Zweisprachigkeit“. Am eindrucklichsten erscheint mir dies immer wieder bei der finnischen Minderheit in Deutschland, bei der sich Volkstraditionen und christliche Kultur besonders eng verbinden. Gottesdienste finden zweisprachig statt, und die Jugendarbeit organisiert durch regelmäßige Finnlandfahrten einen engen Kontakt zur Heimatkultur.

Bewahrung bedrohter Kultur

Demgegenüber gibt es Minderheiten in Deutschland, denen ein solcher Austausch zur Hei-

matregion nicht möglich ist. Gerade, wenn im ursprünglichen Siedlungsgebiet die entsprechende Kultur bedroht ist, besteht nur noch die Möglichkeit, diese in der Diaspora weiter zu pflegen. Dadurch, dass sie nur noch in der Erinnerung und Überlieferung weiterlebt und auf den ursprünglichen „Sitz im Leben“ verzichten muss, ist sie durch Verlust ihrer Vitalität und der sie tragenden und fördernden Gruppe bedroht. Einige Traditionen können in neuer Umgebung ein Revival erleben und zu einer ungeahnten Blüte kommen, andere verkümmern schnell zur Musealität.

Bei einigen orientalischen christlichen Gemeinden leben Überlieferungen nur noch in liturgischen Formen weiter. Bei der Minderheit der Yeziden beispielsweise wurden zahlreiche kulturelle Traditionen nur mündlich an die nächste Generation übermittelt. So entsteht in Diaspora sowohl die Notwendigkeit als auch die Möglichkeit, neue Formen der Praktizierung und Weitergabe zu entwickeln.

Beitrag zum globalisierten Kulturaustausch

Als drittes spielen Migrationsgemeinden eine nicht zu unterschätzende Rolle zu einem globalisierten Kulturaustausch. „Kulturelle Zitate“ wandern um die Welt und werden Teil einer globalen Kultur, die beispielsweise durch Vermarktung, Digitalisierung und Internet bislang ungeahnte Adaption, Verbreitungen, aber auch Veränderungen und Banalisierungen erfahren. Religiöse Lieder landen in den Charts der Popmusik; neue Musikmischungen entstehen. Im christlichen Bereich machen afrikanische oder lateinamerikanische Lieder Karriere in einer weltweiten ökumenischen Liedkultur. Oder der amerikanische Markt entwickelt spezielle religiöse Musikstile, die Jugendliche ansprechen sollen.

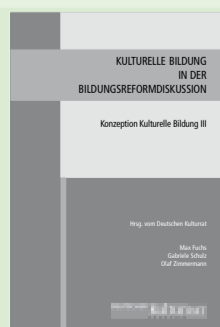
Migrantengemeinden sind Botschafter anderer Kulturen. Nur wenn man ihre besondere gesellschaftliche Rolle auf der Grenze zwischen unterschiedlichen Welten respektvoll wahrnimmt, wird man ihren Probleme, aber auch ihrem besonderen kulturellen Potential gerecht.

DER VERFASSER IST OBERKIRCHENRAT UND ARBEITET ALS REFERENT FÜR INTERRELIGIÖSE FRAGEN IM KIRCHENAMT DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN DEUTSCHLAND IN HANNOVER ■

KULTURELLE BILDUNG IN DER BILDUNGSREFORMDISKUSSION Konzeption Kulturelle Bildung III

Hrsg. vom Deutschen Kulturrat
Max Fuchs, Gabriele Schulz u. Olaf Zimmermann
480 Seiten, 22,80 Euro

Bestelladresse:
Deutscher Kulturrat, Chausseestraße 103,
10115 Berlin, Fax: 030/24 72 12 45,
E-Mail: post@kulturrat.de





„Für Migranten in Deutschland bin ich ein Vorbild als erfolgreicher Unternehmer.“, Kemal Şahin, Türkei, kam 1974 mit einem Auslandsstipendium nach Aachen (Abb. vordere Reihe dritter von links). © migration-audio-archiv

Integration durch Sport und Musik

Ein kreativer Lösungsansatz / Von Heike Kübler und Rüdiger Stenzel

Für den Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) ist Sport keine Frage des Alters, des Geschlechts oder der Nationalität. Deshalb verpflichtet er sich, allen Bevölkerungsgruppen entsprechend ihrer Bedürfnisse und Interessen ausreichende Möglichkeiten zur sportlichen Betätigung anzubieten und hat dazu entsprechend vielfältige Aktivitäten entwickelt. Es bestehen bereits eine Reihe von Initiativen des organisierten Sports mit Blick auf Migranten, in dessen Mittelpunkt insbesondere das Programm „Integration durch Sport“ des DOSB steht. Das Programm ist eine Initiative der Bundesregierung, deren Steuerung und Gesamtkoordination dem DOSB obliegt. Seit 1989 wird das Programm vom Bundesministerium des Innern gefördert und vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge begleitet. Die Umsetzung des Programms erfolgt eigenverantwortlich auf der Ebene der Landessportbünde bzw. Landessportjugenden und unter Berücksichtigung regionaler Besonderheiten.

Schon seit Jahrzehnten sind Toleranz und soziale Integration, wie sie das Leitbild des deutschen Sports gegenüber Menschen anderer Herkunft und Sprache fordert, in den Sportvereinen der Bundesrepublik gelebte Praxis. Die Sportvereine entwickeln sich in unserer Gesellschaft immer mehr zu einem wichtigen Integrationsfaktor und erteilen Gewalt und jeder Form von Intoleranz im täglichen Leben eine klare Absage.

Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in die Sportvereine geschieht häufig nicht selbstverständlich. Hierzu bedarf es einer bewussten interkulturellen Sensibilisierung der Funktionsträger wie auch der Mitarbeiter im organisierten Sport, um Migranten vor Ort anzusprechen und für eine aktive Mitwirkung im Verein zu gewinnen. Vielen Vereinen ist dieser Schritt in der Vergangenheit gelungen, wenngleich Migranten in Vorstandsämtern und im Übungsbetrieb noch unterrepräsentiert sind.

Die Öffnung der Sportvereine für Teilnehmer unterschiedlicher Herkunft und der Aufbau interkultureller und partnerschaftlicher Strukturen sind gleichermaßen bedeutend für die Vereine mit überwiegend deutschen wie für Vereine mit überwiegend zugewanderten Mitgliedern. Der organisierte Sport fördert die Verständigung zwischen den Kulturen und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Integration.

Der Deutsche Olympische Sportbund setzt die Integrationsarbeit im Programm „Integration durch Sport“ mit seinen Mitgliedsorganisationen um. Das Programm „Integration durch Sport“ versteht sich bei der Umsetzung als Ansprechpartner, Ideen- und Impulsgeber sportorientierter Projekte, die immer unter nachhaltigen Aspekten konzipiert werden. Die Integrationsarbeit umfasst sowohl die Begleitung und Unterstützung der mehr als 500 Stützpunktvereine, aber auch die offenen Sportangebote, Turniere, Informationsveranstaltungen und vieles mehr. Motor und Katalysator dieser Maßnahmen sind unter anderem die 800 ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, von denen nahezu die Hälfte selbst einen Migrationshintergrund aufweist.

Ziel des Programms „Integration durch Sport“ ist die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in die Aufnahmegesellschaft mit den Mitteln des organisierten Sports. Sport ist freiwillig, verfügt über ein ausgeprägtes und international anerkanntes Regelsystem und knüpft auf dieser Basis an Gemeinsamkeiten von einheimischer und ausländischer Bevölkerung gleichermaßen an. Die aktive Teilhabe am Sport ist voraussetzungslos, d.h. weitgehend unabhängig von sozialer Herkunft, Bildung und Sprachvermögen. Zudem bietet der Sport durchweg positiv besetzte Anknüpfungspunkte einer gemeinsamen kulturellen Sinnstiftung für alle sportlich Interessierten, unabhängig von ihrer jeweiligen Herkunft.

Aufgabe des Programms ist die Schaffung und Förderung langfristiger Integrationsstrukturen des organisierten Sports und der Ausbau von assoziierten Netzwerken auf allen Ebenen, um damit die Integration der Menschen mit Migrationshintergrund zu fördern und fördern. Das Programm „Integration durch Sport“ folgt dem Ansatz eines modernen Integrationsverständnisses, das sowohl die Aufnahmegesellschaft als auch die Communities der Migranten einschließt.

Die besondere Stärke des Programms liegt in der Möglichkeit des organisierten Sports, eine bundesweite Plattform mit einem flächendeckenden Netzwerk von Sportvereinen, -verbänden und Kooperationspartnern, die unter anderem auch in sozialen Brennpunkten aktiv sind, für die nachhaltige Umsetzung der Programmziele zu nutzen. Es bringt die speziellen Integrationskonzepte in lokal angepasste, netzwerkbezogene Gesamtprojekte ein und verfügt über erprobte Bausteine, die es ermöglichen, vorhandene Ressourcen vor Ort zu trägerübergreifenden Projekten in kommunalen Netzwerken zu bündeln.

Das Programm ist die Basis dieser Projekte und kann sowohl die einzelnen Partner als auch das Projekt vor Ort im Ganzen stärken. Aufgrund der Verankerung in Netzwerken können Sportvereine die Konzeption des Bundesprogramms „Integration durch Sport“ entsprechend den lokalen Gegebenheiten auf die Bedürfnisse der Zielgruppe ausgerichtet umsetzen und Handlungsstrategien entwickeln sowie die vorhandenen Ressourcen optimieren.

Die Handlungsfelder und inhaltlichen Schwerpunkte der Integrationsarbeit für den DOSB in den kommenden drei Jahren sind die verstärkte Öffentlichkeitsarbeit, die Umsetzung der Qualifizierungsmaßnahme „Sport interkulturell“, die gezielte Ansprache von Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund und der Aufbau von spezifischen Angeboten im Bereich Gesundheit und der Altersgruppe der Älteren. Bei der Zielsetzung liegt der Fokus immer auf der kontinuierlichen Weiterentwicklung des Programms, welches sich stetig den Gegebenheiten und Bedürfnissen der Menschen mit Migrationshintergrund anpassen wird.

Der DOSB hat und wird sich im Bereich Integration durch sein Bundesprogramm „Integration durch Sport“ weiter aktiv am Integrationsprozess in Deutschland beteiligen und ist in den vergangenen Jahren zu einem wichtigen Partner der Bundesregierung geworden. Bei den beiden Integrationsgipfeln wurde der Sport als wichtiger Partner hervorgehoben. Im Nationalen Integrationsplan der Bundesregierung hat sich der organisierte Sport mit einer Reihe von Selbstverpflichtungen am bundesweiten Integrationsprozess beteiligt. Der DOSB setzt sich darüber hinaus dafür ein, dass das sozial-integrative Potential des Sports stärker genutzt wird und die Zusammenarbeit mit diversen Partnern weiter ausgebaut wird.

Ein einzigartiges Modell aus der Praxis: Das Projekt „Sport und Musikmobil“ am Standort Bochum

Das Projekt „Sport und Musikmobil“ fußt auf der Idee, Menschen mit Zuwanderungsgeschichte nachhaltig in die Gesellschaft zu integrieren. Dabei sollen neue und innovative Methoden erschlossen und entwickelt werden. Durch das Zusammenspiel der Sportjugend NRW, des Landesmusikrates NRW, der Musikschule Bochum sowie des Stadtsportbundes Bochum e.V. ist ein modellhaftes Netzwerk entstanden. Diese Vernetzung hat das einzigartige Projekt „Sport- und Musikmobil“ geschaffen. Das Musikmobil hat Klein- und Großspielgeräte, Bälle, Hindernisse

sowie diverse Musik- und Rhythmusinstrumente, wie ein Orff-Schlagwerk, Klanghölzer, Congas und Xylophone „an Bord“.

Die Nutzung des Zusammenspiels von Sport und Musik ist dabei ein neuer und vielversprechender Integrationsansatz. Die „Dominanz“ und „Bremswirkung“ sprachlicher Verständigung tritt in den Hintergrund. Vertrautes Terrain wird verlassen und gleichzeitig das Überschreiten von „Grenzen“ angeregt. Die Sprache soll spielerisch und musikalisch erfahrbar sein und greifbar gemacht werden.

Bei Musik und Sport tritt die sprachliche Verständigung in den Hintergrund. Mit Bewegung, Gesten und Tönen kommt man sich jenseits des Verbalen näher, lernt sich kennen und verstehen. Exakt das ist es, was sich das Sport- und Musikmobil zu Nutze macht. Das Projekt läuft im Rahmen des bundesweiten Programms „Integration durch Sport“ und fokussiert sich im Wesentlichen auf Kinder im Vorschul- und Grundschulalter sowie Eltern, Erzieher, Lehrer, Übungsleiter und Musikschullehrer in der integrativen Arbeit. Die besondere Verbindung von Spiel, Sport, Bewegung und Musik schaffen einen altersgemäßen Zugang zu den Kindern.

Qualifiziertes Personal vermittelt den Kindern auf spielerische Art und Weise jede Menge Spaß an „Musik und Bewegung“. Ob ein kleines einstudiertes Musikstück mit sportlichen Einlagen oder ein umfangreiches Musical, wie „König der Löwen“ – die Kombination aus Sport und Musik eröffnet unzählige und spannende Möglichkeiten. Spielerisch lassen sich Bewegung und Musik verbinden und ermöglichen so den Kindern, beides gleichzeitig zu erfahren. Die Begegnung mit dem Fremden und das Erleben der eigenen kulturellen Identität gehören ebenso zu den Zielen wie Freude, Wertschätzung und Anerkennung. Der Einsatz des Sport- und Spielmobils erleichtert den Dialog zwischen den verschiedenen Nationalitäten, fördert die Akzeptanz unterschiedlicher Kulturen, deren Sitten und Lebensstile und stärkt das soziale Engagement.

HEIKE KÜBLER IST FACHGEBIETSLEITERIN IM DEUTSCHEN OLYMPISCHEN SPORTBUND E.V., RÜDIGER STENZEL IST GESCHÄFTSSTELLENLEITER IM STADTSPORTBUND BOCHUM ■

Information über die Vereine und Projekte, die im Rahmen des Programms gefördert werden, sind unter www.integration-durch-sport.de dargestellt. Weitere Informationen über das Musikmobil sind unter www.sport-in-bochum.de abrufbar.

Was ist Heimat?

In dem Buch „In Deutschland angekommen ...“ erzählen Einwanderer ihre Geschichte / Von Kristin Bäßler

„Bei mir ist es so, dass, wenn man gerade jemanden kennenlernt, der mich direkt fragt „Woher kommst du?“, das ist immer so eine Sache, die mich abschreckt. Ich denke nicht, dass wenn man einen Menschen kennenlernt, das das Erste sein soll, was man erfahren muss, weil es einfach nicht so wichtig ist...“, so Jonas Makonnen. Der Vater von Jonas Makonnen kommt aus Äthiopien, seine Mutter aus Indonesien. Er ist gebürtiger Kölner.

Seit einigen Jahren legt die Bundesregierung unter der Federführung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge jährlich einen Migrationsbericht vor, der Auskunft über die Zuwanderungssituation in Deutschland gibt. Zahlen und Statistiken belegen und veranschaulichen diese Migrationssituation. Veranschaulichen? Zahlen und Daten sind zwar für politische Handlungen und gesetzliche Rahmenbedingungen notwendig, sie geben aber keinen Einblick in die Geschichten, die hinter einem Entschluss stehen, in ein anderes Land auszuwandern. Warum kommen Menschen nach Deutschland? Wollen sie für immer oder nur übergangsweise hier bleiben? Was sind ihre Motive und Gründe? Wie finden sie in diesem Land Anschluss und vielleicht sogar eine Heimat?

Das migration-audio-archiv hat im Jahr 2000 damit begonnen, die Migrationsgeschichten unterschiedlichster Menschen aufzuzeichnen. Nun wurden diese Geschichten von den Herausgebern Sefa Inci Suvak und Justus Herrmann aufgeschrieben und in dem Buch „In Deutschland angekommen ...“ *Einwanderer erzählen ihre Geschichte 1955 – heute* zusammengefasst. Da die Migrationsgeschichte je nach Jahrzehnt unterschiedlich verlaufen ist, haben sich die Herausgeber dazu entschlossen 50 Jahre Migrationsgeschichte in drei zeitliche Abschnitte einzuteilen: Die Jahre 1955 bis 1973, 1973 bis 1989 und 1989 bis heute. Begleitet werden diese Abschnitte von kurzen Informationen, die die Erzählungen in einen historischen Kontext setzen.

Viele der vom migration-audio-archiv Befragten hatten ursprünglich gar nicht vor, lange in Deutschland zu bleiben, sie blieben einfach „hängen“, häufig unbedarft oder aus Lust am Abenteuer. Viele sahen in Deutschland die einzige Chance, um frei leben zu können. Sie fingen an als Krankenschwestern, Wirtschaftsprüfer, Fabrikarbeiter, Journalisten, Putzfrauen, Künstler, Unternehmer, LKW-Fahrer zu arbeiten und haben sich in Deutschland nach und nach ein Leben aufgebaut. Sie stammen aus der Türkei, Italien, Griechenland, Indonesien, Argentinien, Spanien, Israel, Kroatien, Tschechoslowakei, Nigeria, Iran, Polen und haben Deutschland durch ihre jeweils einzigartigen Geschichten und Kulturen gestaltet und mitgeprägt.

Die Jahre 1955 bis 1973

In den 1950er und 1960er Jahren wanderten viele Menschen, die gezielt von der Bundesrepublik Deutschland angeworben wurden, aus Südeuropa in die deutschen Schwerindustrie-regionen der Bundesrepublik. Zwischen 1955 und 1968 schloss die Bundesrepublik Anwerbeverträge für Arbeitskräfte zunächst mit Italien (1955), Spanien und Griechenland (1960) und später auch mit der Türkei (1961), Marokko (1963), Portugal (1964), Tunesien (1965) und Jugoslawien (1968).

Das erste Kapitel beschreibt die Zuwanderungsgeschichte, die Wünsche und Träume von 13 Frauen und Männern, die primär nach Deutschland kamen, um hier Arbeit zu finden oder zu studieren. Ihre Erzählungen lesen sich teilweise wie ein Abenteuerroman und sind bestimmt durch das Interesse und die Neugierde auf ein neues fremdes Land. Aber auch von der Idee, nach dem Verdienen des nötigen Geldes wieder in ihre Heimat zurückzukehren. Von 14 Millionen Migranten, die nach Deutschland kamen, sind 10 Millionen nach einigen Jahren wieder zurück in ihre Heimat gekehrt. Für Millionen wurde Deutschland zur neuen Heimat. Wie für Ali Can. Er kam in den 1960er Jahren nach Essen, um hier zu arbeiten und blieb 40 Jahre. Seinen Lebensabend verbringt er nun in seinem Heimatdorf in der Ägäis.

Die Jahre 1973 bis 1989

Der zweite Abschnitt des Buches behandelt die 1970er und 1980er Jahre. Diese Zeit zeichnete



„Und ich dachte schon, ihr seid Außerirdische.“, so Sabina Xhemajli, Roma, in Deutschland geboren. Die Aufnahme zeigt u.a. sie Mitte der 1980er Jahre.
© migration-audio-archiv

sich insbesondere durch den Familiennachzug der angeworbenen Arbeitnehmer aus. Dies hatte zur Folge, dass das Thema Integration und Bildung immer stärker in den Fokus der Politik rückte und erste Maßnahmen wie so genannte Förder- und Ausländerklassen das Lernen der zugezogenen Kinder unterstützen sollten. Im Jahr 1979 legte der erste Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, der frühere nordrhein-westfälische Ministerpräsident Heinz Kühn (SPD), ein Memorandum vor, in dem eine konsequente Integrationspolitik, die Gleichberechtigung v.a. der so genannten Zweiten Generation in den Bereichen Bildung und Ausbildung, die Einführung des kommunalen Wahlrechts für hier lebende Ausländerinnen und Ausländer sowie eine Option auf den Erhalt der Staatsbürgerschaft für hier geborene ausländische Kinder gefordert wurde. Trotz dieser sehr konkreten Forderungen des Kühn-Memorandums richtete die Bundespolitik in den 1970er und 1980er Jahren ihre Ausländerpolitik primär auf temporäre Konzepte zur sozialen Integration von Zugezogenen, da die Idee in Deutschland aufrechterhalten werden sollte, ein Rotationsland zu sein, in das die Menschen kommen, um es und nach einiger Zeit wieder zu verlassen.

Daraus gestalteten sich rechtliche Probleme insbesondere für die Personen, die bereits seit Jahrzehnten in Deutschland lebten und die aufgrund ihres Aufenthaltsstatus keine politische Partizipation erhielten. So erzählt Ghanim Kahn, der mit 36 Jahren aus Pakistan über England nach Deutschland kam: „Ich war in Deutschland politisch aktiv in der SPD, aber hatte als Ausländer keine politischen Rechte. Je länger ich hier lebte, desto mehr kamen mir Gedanken, dass ich so viele Pflichten habe, alle Abgaben und Steuern bezahlen muss, dem Gesetz treu bin, aber praktisch keine Rechte haben.“ Diese Situation änderte sich erst ab Anfang der 1990er Jahre im Zuge der Neuregelung des Ausländerrechts, das Ausländern unter bestimmten Voraussetzungen nach 15 Jahren den Anspruch auf Einbürgerung gab.

Die Jahre 1989 bis heute

Obwohl man glauben könnte, dass sich durch den politischen Fokus auf das Thema Migration und Integration die Situation für Einwanderer

hätte verbessern müssen, ist der dritte und letzte Abschnitt des Buches durch die zahlreichen Probleme gekennzeichnet, die viele Einwanderer tagtäglich erleben. Sie erzählen von den Schwierigkeiten eine Arbeiterlaubnis zu erhalten, ihre Schul- oder Berufsabschlüsse anerkennen zu lassen, die Trauer darüber nicht mit auf eine Klassenfahrt mitzuführen, weil man sich nicht weiter als 30 km von seinem Wohnort entfernen darf oder der Angst, jeden Moment abgeschoben zu werden – manchmal wird die Aufenthaltserlaubnis nur um zwei Wochen, manchmal um einen Monat verlängert bis man wieder zum Amt gehen muss, um sie verlängern zu lassen. So ergoht es dem jungen Fußballer Hianick, der mit seinen Eltern aus dem Kongo flüchten musste und der nun hofft, einen Profivertrag bei einem Fußballverein zu erhalten, damit er in Deutschland bleiben kann. Denn, so Hianick: „Ich lebe schon lange hier und fühle mich richtig wohl. Das ist eigentlich meine Heimat hier.“

Was ist Heimat?

Wie beschreiben Menschen, die teilweise in zwei oder mehreren Ländern geboren, gelebt, geheiratet haben, das Gefühl von Heimat? Und gibt es einen Unterschied, ob man schon lange in einem anderen Land lebt oder erst seit ein paar Jahren? Die Erzähler des Buches „In Deutschland angekommen...“ beschreiben fast alle Heimat nicht als einen spezifischen Ort, sondern als etwas, das durch Freunde, durch Respekt, durch Anerkennung und vor allem durch die Familie geprägt ist. Für viele ist Deutschland so zu ihrer neuen Heimat geworden, was aber nicht unbedingt bedeutet, dass sie dadurch auch eine spezifische „kulturelle“ Identität angenommen haben. So erklärt die in Siegen geborene Sabina Xhemajli, deren Eltern Roma aus dem Kosovo sind: „Aus der deutschen Kultur nehme ich mir einfach das, was mir gefällt, sich als Frau zu verwirklichen, das kann ich in Deutschland wunderbar. Aber auch bei den Roma nehme ich mir das, womit ich gut leben kann, was mir Glück bereitet und ich weitergeben möchte... Das mische ich dann alles zusammen und bastele mir daraus mein Leben...“.

Die Geschichten in dem Buch „In Deutschland angekommen ...“ erzählen, wie es ist, sich in einem fremden Land zurechtzufinden und sich ein neues

Leben zwischen zwei Kulturen aufzubauen. Es ist ein Verdienst dieses Buches, dass es den Geschichten hinter den Begriffen „Migration“, „Migrationshintergrund“ und „Zuwanderung“ ein Gesicht und eine Stimme gibt. Zudem stellt es Begriffe wie Fremdheit und Gewohnheit in einen neuen Kontext und lässt einen die eigenen Kategorien von Heimat neu überdenken.

DIE VERFASSERIN IST WISSENSCHAFTLICHE MITARBEITERIN DES DEUTSCHEN KULTURRATES ■

„In Deutschland angekommen ...“ *Einwanderer erzählen ihre Geschichte. 1955 bis heute. Sefa Inci Suvak / Justus Herrmann (Hrsg.) 2008, Bertelsmann Chronik, wissenmedia Verlag GmbH, Gütersloh/München.*

Impressum

interkultur

interkultur erscheint als regelmäßige Beilage zur Zeitung *politik und kultur*, herausgegeben von Olaf Zimmermann und Theo Geißler.

ISSN 1867-5557

Deutscher Kulturrat e.V.
Chausseestraße 103, 10115 Berlin
Tel: 030/24 72 80 14,
Fax: 030/24 72 12 45
Internet: www.kulturrat.de
E-Mail: post@kulturrat.de

Redaktion

Olaf Zimmermann (verantwortlich),
Gabriele Schulz, Kristin Bäßler,
Andreas Kolb

Verlag

ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23, 93053 Regensburg
Internet: www.conbrio.de
E-Mail: conbrio@conbrio.de

Herstellung, Layout

ConBrio Verlagsgesellschaft
Petra Pfaffenheuser

Gefördert vom Bundesministerium für
Bildung und Forschung